

Vorläufige Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	32. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2012/032)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 18.12.2012
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:03 Uhr	Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Bohmert, Heinrich
Ellerkamp, Martin
Enning-Harmann, Rudolf
Enste, Margarete
Gerwing, Hermann - Josef
Große-Berg, Franz-Josef
Kreuziger, Petra
Lefert, Heinrich
Levi, Birgit
Mensing, Peter
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Schmeing, Aloys
Terbrack, Karl Heinz
Terhalle, Josef
Vortkamp, Thomas
Wantia, Beatrix
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

ab TOP 4 öffentliche Sitzung

SPD

Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Haveresch, Reinhard
Heitmann, Helene

Herickhoff, Hermann Josef

UWG

Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Lange-Röttger, Annette
Ruwe, Felix
Schulte, Renate

FDP

Gottheil, Christiane
Horst, Reinhard

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar
Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert
Haveloh, Hermann Josef

PARTEILOS

Müller, Horst

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Beckmann, Georg
Kühlkamp, Hermann

Schriftführer(in)

Leuker, Werner

es fehlen entschuldigt:

CDU

Witte, Josef

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus

FDP

Klein, Wolfgang

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 31. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 20.11.2012
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2011 und Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat gem. § 96 Abs. 1 GO NRW
- 4 Einbringung des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2013
- 5 Umnutzung des Geländes Rathaus II zu einem Einzelhandelsstandort;
hier: Unterbringung notwendiger Büroflächen, die bei der Umnutzung entfallen
- 6 "Region in der Balance" - Nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung
- 7 LEADER-Projekt "Windpotenziale regionAHL"
- 8 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- 8.1 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 7.12.2012
- Einrichtung eines "kommunalen Integrationszentrums"

B. Nichtöffentliche Sitzung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 31. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 20.11.2012

Die Niederschrift der 31. öffentlichen Sitzung des Rates vom 20.11.2012 wird anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2011 und Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat gem. § 96 Abs. 1 GO NRW

V/2012/0585/1

Ratsmitglied Schmeing (CDU-Fraktion) berichtet als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, dass der Ausschuss ausführlich über den Jahresabschluss 2011 beraten und einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss für den Rat gefasst habe. Er empfiehlt dem Rat, den Jahresabschluss 2011 zu beschließen und dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2011 Entlastung zu erteilen.

Bürgermeister Büter nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses:

1. Der Jahresabschluss 2011 der Stadt Ahaus wird mit einer Bilanzsumme von 378.250.650,30 €, in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis von -263.235,51 € und in der Finanzrechnung mit einer Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln von 6.908.707,82 € auf 11.654.026,48 € festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag von 263.235,51 € wird der Ausgleichsrücklage entnommen.
3. Es wird festgestellt, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und eine zutreffende Vorstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt.
4. Dem Bürgermeister wird gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW für das Haushaltsjahr 2011 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4 Einbringung des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2013

V/2012/0592

Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 wird dem Rat vorgelegt. Bevor der Erste Beigeordnete und Kämmerer Althoff den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2013 erläutert, gibt Bürgermeister Büter dem Rat eine Einschätzung der jetzigen und zukünftigen finanziellen Situation der Stadt. Er weist darauf hin, dass dank der soliden Haushaltsführung in 2012 und der trotz Eurokrise und nachlassender Konjunktur sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt und den daraus resultierenden höheren Gewerbesteuererinnahmen im noch laufenden Haushaltsjahr 2012 im Jahresergebnis sogar ein leichter Überschuss erwirtschaftet werden kann. Dass trotz der auch im Jahr 2013 guten Aussichten dennoch kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne, liege in äußeren, von der Stadt nicht beeinflussbaren Faktoren. Erstmals erhalte die Stadt im Jahr 2013 keine Schlüsselzuweisung mehr. Mehr als 6 Mio. EUR an Landeszuweisungen seien somit in den letzten Jahren gestrichen worden. Grund sei eine von der Landesregierung veranlasste massive Umverteilung der Zuweisungen vom ländlichen Raum in die Ballungszentren. Die Stadt erhoffe sich durch die anhängige Verfassungsbeschwerde, an der sich auch die Stadt Ahaus beteilige, eine gerechtere Verteilung.

Nach den ausführlichen Erläuterungen der haushalts- und finanzwirtschaftlichen Situation durch den Kämmerer Althoff wird der eingebrachte Haushaltsplan ohne Diskussion zur weiteren Beratung an den Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Der Rat nimmt den gemäß § 80 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 entgegen und verweist ihn zur Beratung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5 Umnutzung des Geländes Rathaus II zu einem Einzelhandelsstandort; hier: Unterbringung notwendiger Büroflächen, die bei der Umnutzung entfallen

V/2011/0456/3

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass durch die im Mai 2012 im Rat beschlossene Umnutzung des Verwaltungsgebäudes Rathausplatz 2 zu einem Kaufhaus Ersatzflächen für die dort beschäftigten ca. 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses erforderlich würden. Der Vorschlag der Verwaltung basiere auf Planungen des Büros Wolters und Partner aus Coesfeld Ende der 1970er Jahre im Zusammenhang mit dem Bau der damaligen Rathuserweiterung. Durch kompensatorische Maßnahmen im Hauptgebäude könnten 20 Mitarbeiter im jetzigen Raumbestand zusätzlich untergebracht werden. Für die verbleibenden 30 Mitarbeiter sei der vorgeschlagene Rathausanbau erforderlich.

Die Verwaltung schlage diese Lösung vor, weil sie die Möglichkeit biete, den Bürgerinnen und Bürgern alle Verwaltungsdienstleistungen wieder in einem zusammenhängenden Gebäude anzubieten. Gleichzeitig ergebe sich dadurch auch eine verbesserte Kommunikation und Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander. Insgesamt werden ca. 1.311 qm Bruttogrundfläche in zwei Geschossen geschaffen. Optional sei ergänzend ein Untergeschoss für Archivzwecke möglich. Da die Schaffung eines neuen Archivs ohnehin erforderlich sei, würden die Kosten bei allen verglichenen Varianten anfallen und seien deshalb bei der wirtschaftlichen Vergleichsbetrachtung außen vor gelassen worden.

Bürgermeister Büter ergänzt, dass das optimierte Raumkonzept dieses Vorschlages den heutigen Personalbestand, nicht jedoch zukünftige mögliche Mehrbedarfe berücksichtige. Hierfür müssten dann gegebenenfalls andere Lösungen gefunden werden.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Bürgermeister Büter, dass die Verwaltung nach einer positiven Beschlussfassung des Rates mit dem Investor des Kaufhauszentrums über den Verkauf des Grundstückes Rathausplatz 2 verhandeln könne. Der daraus zu erzielende Verkaufserlös sollte nach Auffassung der Verwaltung dann in den Anbau für die Verwaltung reinvestiert werden. Da bei einer direkten Anbaulösung architektonische Urheberrechte bestünden, empfehle die Verwaltung auch zur Sicherstellung einer harmonischen Gesamtgestaltung eine Beauftragung des Planungsbüros Wolters und Partner.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) bezweifelt, dass der Verkaufserlös aus dem Grundstücksverkauf die Planungs- und Herstellungskosten des Anbaus vollständig decken könne. Laut Aussage von Bürgermeister Büter habe die Verwaltung im Rahmen der Vorstellung der Pläne im Mai 2012 erläutert, dass die Verkaufserlöse die Erstellungskosten zwar nicht vollständig decken könnten, die Ersparnisse aus den geringeren Bewirtschaftungskosten aber den zusätzlichen Kapitaleinsatz über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren nach heutiger Einschätzung weitgehend kompensieren könnten.

Rats Herr Kersting (UWG-Fraktion) fragt nach, warum der Anbau gegenüber einem freistehenden Neubau Mehrkosten in einer Größenordnung von ca. 300.000 Euro verursache. Beigeordneter Beckmann erläutert, dass hierfür die für das Gesamtbild erforderliche, aber nicht nutzbare Dachgeschossgestaltung bei zweigeschossiger Bauweise ursächlich sei. Ein Neubau wäre demgegenüber auf geringerer Grundfläche dreigeschossig.

Im Übrigen findet der Vorschlag in den Fraktionen breite Zustimmung.

Der Rat der Stadt beschließt die aufgrund der Umnutzung des Geländes Rathaus II wegfallenden Büroflächen durch eine Optimierung im Bestandsbereich und durch einen Anbau an das bestehende Rathaus zu kompensieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Optimierungsmaßnahmen im Bestand und für die Anbauvariante weiter zu verfolgen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Verhandlungen mit dem Investor zu führen.

Abstimmungsergebnis:

- 36 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

6 "Region in der Balance" - Nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung V/2012/0568/1

Beigeordneter Beckmann skizziert kurz das bisherige Verfahren und die Ergebnisse in den Workshops zum Projekt „Region in der Balance – Nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung“. Im Kreis Borken sind neben dem Kreis selbst und der Stadt Ahaus die Städte Gronau und Gescher sowie die Gemeinde Raesfeld Projekt-Partner. Der Kreistag und der Rat der Stadt Gronau haben dem Projekt inzwischen bereits zugestimmt.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Herickhoff (SPD-Fraktion) zur Erfassung aktueller Leerstände erläutert die Verwaltung, dass es schwierig sei, aus den möglichen Datenquellen gesicherte Angaben hierüber zu gewinnen. Zudem stünden Datenschutzbestimmungen der Verwendung der Daten häufig entgegen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) regt an, Studenten geeigneter ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge in der Projektphase mit zu beteiligen. Hierfür gebe es erfolgreiche Modelle in anderen Gemeinden. Beigeordneter Beckmann erläutert in diesem Zusammenhang, dass es momentan im Rahmen der REGIONALE 2016 Kontakte zum europaweiten Projekt EUROPAN gebe, bei dem insbesondere junge Architekten angesprochen würden, um geeignete Lösungsansätze für eine sinnvolle Innenverdichtung und für alternative Wohnkonzepte zu entwickeln und vorzustellen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt die im Rahmen des Projektes „Region in der Balance – Nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Einbeziehung lokaler und regionaler Klimaanpassungsstrategien und –maßnahmen“ erarbeiteten Leitlinien und das Handlungskonzept für ein nachhaltiges Flächenmanagement im Kreis Borken unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

7 LEADER-Projekt "Windpotenziale regionAHL" V/2012/0597

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass die Stadt Ahaus gemeinsam mit den Gemeinden Heek und Legden im Rahmen eines LEADER-Projektes durch ein Fachbüro untersuchen lässt, in welchen Bereichen und in welchem Umfang die Errichtung zusätzlicher Windenergieanlagen innerhalb der LEADER-Region Kulturlandschaft Ahaus, Heek, Legden sinnvoll und umsetzbar sind.

Für die weiteren Schritte ist aus Sicht der Verwaltung erforderlich, zunächst zu prüfen, ob und ggf. in welcher Rechtsform eine Gesellschaft zur Projektumsetzung gegründet werden kann. Ferner müsse die Flächenverfügbarkeit der potentiell geeigneten Bereiche geprüft werden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf die bereits bekannt gewordenen Bestrebungen, insbesondere im Stadtteil Alstätte hin, wo im Rahmen einer von interessierten

Investoren durchgeführten öffentlichen Veranstaltung eine mögliche Realisierung zwischen Alstätte und Ottenstein vorgestellt worden sei. Eine Umsetzung erfordere zunächst allerdings zwingend noch den Beschluss des sachlichen Teilabschnittes „Energie“ im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes Münsterland durch den Bezirksplanungsrat. Das Interesse an Bürgerwindparks sei groß. Der vorliegende Beschlussvorschlag eröffne die Möglichkeit, den weiteren Prozess und die Rahmenbedingungen zu klären und zu gestalten. Es sei erforderlich, zwischen der Stadt Ahaus als örtlichen Planungsträger, den an eine Kapitalbeteiligung interessierten Bürgerinnen und Bürgern und den Eigentümern der geeigneten Flächen sowie der Landwirtschaft einen gerechten Interessensausgleich zu schaffen.

Ratsherr Bohmert (CDU-Fraktion) regt an, die zukünftige Windenergienutzung nicht ausschließlich durch die Stadt, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie möglichen privaten Investoren zu gestalten. Auf seine weitere Nachfrage nach den Verfahrensständen in Heek und Legden antwortet Bürgermeister Büter, dass die Gemeinde Legden im Januar und die Gemeinde Heek im Februar 2013 voraussichtlich hierüber beraten werden. Im Rahmen der Vorarbeiten sei eine faunistische Untersuchung der möglichen Flächen erforderlich, die regelmäßig nur im Frühjahr durchgeführt werden könne.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) setzt sich ebenfalls für ein möglichst umfassendes Bürgerengagement ein. Die Stadt Ahaus könne mit einer zeitnahen Ausweisung der hierzu geeigneten und zur Verfügung stehenden Flächen unterstützen. Hier gelte es für die Stadt und die übrigen LEADER-Partner auch, aufgekommene Befürchtungen der Bürger auf eine zu ortsnahe Einrichtung von großen Windkraftanlagen entgegenzutreten.

Bürgermeister Büter hält eine möglichst breite Akzeptanz der Standorte und der gewählten Betreibermodelle für maßgeblich in diesem Prozess. Der Rat könne zu einem späteren Zeitpunkt über eine mögliche Beteiligung der Kommune entscheiden. Eine Moderation des Prozesses durch die Stadt sei aus seiner Sicht vorstellbar und interessenausgleichend.

Für die FDP-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Horst, dass zwar grundsätzlich der Grundsatz „Privat vor Staat“ gelte, er in diesem Prozess zur Vermeidung von Investitionsfehlentscheidungen aber eine Prozessbeteiligung und –moderation durch die Stadt ausdrücklich befürworte. Ergänzend warnt Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) vor zweifelhaften und nur auf den eigenen Profit ausgerichteten Investoren.

Ratsherr Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Vorgehensweise im Rahmen des LEADER-Projektes. Er empfehle einen für alle Bürgerinnen und Bürger offenen Beteiligungsprozess und rate, die Stadtwerke Ahaus als zuständigen Stromabnehmer frühzeitig an den Planungen zu beteiligen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt:

Eine Erweiterung der Windenergienutzung innerhalb der LEADER – Region Ahaus, Heek, Legden soll auf der Grundlage des LEADER – Projekts „Windpotenzial regionAHL“ ausschließlich durch einen oder mehrere gemeinsame(n) Bürgerwindpark(s) realisiert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und bejahendenfalls in welcher Rechtsform eine Gesellschaft zur Umsetzung des Projekts zu gründen ist und in welchem Umfang sich die Stadt Ahaus neben den beiden Gemeinden Heek und Legden hieran beteiligt.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die sich nach Abgrenzung potenziell geeigneter Bereiche ergebende Flächenverfügbarkeit zu prüfen.

Einer anteiligen Vorfinanzierung in Vorleistung für erforderliche faunistische Untersuchungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

39 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

8.1 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 7.12.2012

- Einrichtung eines "kommunalen Integrationszentrums"

A/2012/0100

Ratsherr Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt die Begründung des gemeinsamen Antrages. Die Integration sei eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Das Land sichere bei der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums durch den Kreis Borken eine unbefristete Förderung in Form einer Abordnung von 2 Lehrkräften und eines finanziellen Zuschusses in Höhe von 20.000 EUR zu. Die Stadt Ahaus habe bislang bereits sehr vorzeigbare Erfolge bei der Sprachförderung in den Kindergärten erzielt. Die hier investierten Mittel seien sehr gut angelegt. Die Stadt Vreden habe diesen Beschluss bereits gefasst.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp äußert die Sorge, dass durch die Einrichtung eines kreisweiten kommunalen Integrationszentrums in Borken neben den bereits stattfindenden örtlichen Aktivitäten ein zusätzlicher verwaltender Oberbau geschaffen werde, der keine große zusätzliche Unterstützung bei der örtlichen Arbeit bieten könne. Die bereits seit vielen Jahren erfolgreich mit einem hohen kommunalen Zuschuss durchgeführten Sprachförderungen in den Kindergärten, die lösungsorientierte Arbeit im Arbeitskreis Migration und Integration sowie das Bildungs- und Teilhabepaket seien ein im Kreisvergleich sehr gutes und funktionierendes Fundament. Daneben gebe es auch eine Reihe von Bildungsträgern, die sich erfolgreich um die Integration bemühten. Im Gesamtbild sei die Stadt Ahaus sehr gut aufgestellt. Er zweifle daher einen Zusatznutzen durch eine neue Einrichtung in Borken. Auch habe er in der Vergangenheit bei anderen zunächst nicht befristeten Förderzusagen des Landes häufiger erfahren müssen, dass diese nach wenigen Jahren in Teilschritten dennoch gekürzt oder gar vollkommen eingestellt worden seien. Insgesamt überwiege daher bei diesem Antrag die Skepsis.

Bürgermeister Büter ergänzt, dass auch die Bürgermeister im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz Zweifel hätten, dass durch eine solche Einrichtung ein adäquater Zusatznutzen entstehe.

Ratsfrau Lange-Röttger (UWG-Fraktion) schließt sich diesen Zweifeln an und bescheinigt der Stadt eine in der Vergangenheit sehr aktive und erfolgreiche Integrationsarbeit. Gleichzeitig schläge sie vor, dass sich der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familie und Senioren nochmals mit dem Thema Integrationsarbeit in Ahaus befasse und nach weiteren möglichen Verbesserungen suche.

Ratsherr Große-Berg (CDU-Fraktion) äußert ebenfalls Zweifel, ob die im Rahmen des Konexitätsprinzips sicherzustellende Finanzierung durch das Land NRW tatsächlich von Dauer sein wird. Grundsätzlich sei eine maßgeblich an den örtlichen Verhältnissen orientierte und maßgeschneiderte Integrationsarbeit, wie sie bislang in Ahaus geleistet worden sei, deutlich effektiver als aus der Ferne initiierte Aktivitäten. Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) schließt sich dem an und weist auf die Jahreskosten von ca. 400.000 EUR hin.

Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) teilt diese Ansicht nicht und glaubt auch nicht, dass die hier genannten Mittel vergeudet seien. Zudem könne die Stadt ihre positiven Erfahrungen in diese Einrichtung einbringen.

Bürgermeister Büter stellt abschließend folgenden von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag zur Abstimmung:

Der Rat der Stadt Ahaus bittet den Kreis Borken, ein Konzept zur Errichtung eines kommunalen Integrationszentrums zu erarbeiten. Das kommunale Integrationszentrum soll Handlungsstrategien und Beteiligungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Praxis entwickeln und den kommunalen Integrationsprozess im Kreisgebiet weiter vorantreiben und gestalten.

Abstimmungsergebnis:

- 8 Ja-Stimmen
- 31 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bürgermeister Büter zieht zum Schluss der öffentlichen Sitzung ein kurzes Fazit des zu Ende gehenden Jahres. Das Jahr 2012 sei ein bewegtes und zugleich bewegendes Jahr gewesen.

Das Gesicht der Stadt habe sich auch in diesem Jahr an vielen Stellen verändert. Diese zeigten zahlreiche Neueröffnungen, Einweihungen, An- und Umbauten. Schwerpunkte dabei waren der Ausbau der Betreuung und Bildung für die Kinder unter 3 Jahren, die Inklusion für Menschen mit Behinderungen sowie die berufliche, schulische und kulturelle Bildung.

Der Glasfaserausbau als Zukunftsprojekt in unserer Stadt sei vor dem Hintergrund, dass es keine großen Erwartungen im Hinblick auf die großen Telekommunikationsunternehmen gebe, ein sehr bedeutendes Projekt, welches bislang insbesondere dadurch erfolgreich gewesen sei, das man eher unkonventionelle Wege beschritten habe. In den Versorgungsbereichen Ottenstein, Graes, Wessum und in Ahaus-West sowie auch in den Gewerbegebieten Ottenstein und Ahaus konnte eine ausreichende Nachfrage und damit ein Glasfaserausbau erzielt werden. Im kommenden Jahr sollen auch in den noch fehlenden Bereichen Wüllen, Alstätte und den restlichen Stadtkerngebieten Nachfragebündelungen erfolgen. Beeindruckend sei dabei der Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger für dieses Projekt, der einen nahezu bürgerinitiativähnlichen Charakter annehme. Die Bauarbeiten in Ottenstein seien mittlerweile, wenn auch nicht ganz ohne Störungen, fast abgeschlossen. Die nächsten Ortsteile werden kurzfristig folgen.

Darüber hinaus gilt der Dank des Bürgermeisters und auch des Rates insgesamt den vielen Menschen in unserer Stadt, die sich ehrenamtlich mit einem hohen Engagement engagieren. Zahlreiche Projekte konnte umgesetzt und abgeschlossen werden: Abschluss der Flächennutzungsplanung, Planungen zum Kulturzentrum, innenstadtnahes Wohnen und Dienstleistung an der Wallstraße, verschiedene Vorhaben in den Ortsteilen, Errichtung eines Einkaufszentrums am Rathausplatz, Beschluss zur Gründung einer Gesamtschule und viele weitere Projekte.

Er dankt allen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht sich für 2013, dass Rat und Gremien die wesentlichen Entscheidungen angehen und sich gemeinsam auf gute Lösungen für die Stadt konzentrieren.

Er dankt abschließend auch den Pressevertretern für ihre faire und gute Berichterstattung und wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern, dass sich ihre Wünsche im nächsten Jahr weitgehend erfüllen.

B. Nicht-öffentliche Sitzung

...

Nach Beendigung der nicht-öffentlichen Sitzung eröffnet Bürgermeister Büter die öffentliche Sitzung erneut. Er teilt dem Rat folgenden Informationen mit:

- Die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes aktuelles forum Volkshochschule für die Städte Ahaus, Vreden, Stadtlohn und die Gemeinden Heek, Legden,

Schöppingen und Südlohn hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2012 eine neue Zweckverbandssatzung verabschiedet.

- Die Partnergemeinde Haaksbergen lädt den Rat aus Anlass des 25-jährigen Partnerschaftsjubiläums zum Neujahrsempfang am Mittwoch, 2. Januar 2013 in das Rathaus in Haaksbergen ein.
- Der Regionalplaner der Bezirksregierung wird in den nächsten Tagen nach Ahaus kommen. Den Verlautbarungen nach wird er den Förderbescheid zum Bau des Kulturzentrums übergeben.
- Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass die Bezirksregierung Münster ergänzend zur erteilten Genehmigung der Gesamtschule jetzt mitgeteilt habe, dass das Anmeldeverfahren zur Gesamtschule vorgezogen werden könne auf den Zeitraum vom 04.02. bis zum 12.02.2013. Zielsetzung sei es, die noch zu vakante Schulleiterstelle möglichst schnell besetzen zu können.

Werner Leuker
(Schriftführer)